

Eckertz, Jochen

Article — Digitized Version

Stabilisierungspolitik und der Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Eckertz, Jochen (1982) : Stabilisierungspolitik und der Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 12, pp. 623-628

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135751>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stabilisierungspolitik und der Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit

Jochen Eckertz, Hagen

Trotz zunehmender Beschäftigungsprobleme betreibt die öffentliche Hand in der Bundesrepublik Deutschland derzeit eine verschärfte Restriktionspolitik. Spitzen sich durch Einsparungen im öffentlichen Bereich und durch eine auf Geldwertstabilität gerichtete Geldpolitik die Beschäftigungsprobleme zu, oder sind diese Maßnahmen eine Voraussetzung zur Lösung des Beschäftigungsproblems? Wie lautet die Antwort unter Berücksichtigung der neuesten Erkenntnisse der Wirtschaftstheorie?

Die Wirksamkeit der traditionellen nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik wird zunehmend skeptischer beurteilt. Es wird behauptet, daß die Geld- und Fiskalpolitik keinen Einfluß auf die Gesamtnachfrage und damit auf das Beschäftigungsvolumen haben. Zur Bekämpfung der in den letzten Jahren stark angestiegenen Arbeitslosenquoten, von denen kaum ein westliches Industrieland verschont geblieben ist, wird zunehmend eine Politik der Verbesserung der Angebotsbedingungen vorgeschlagen. Ziel der neuen Politik ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, also durch strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft. Ein Teil der strukturellen Verbesserungen wird in der Senkung des Staatsanteils am Sozialprodukt oder zumindest in der Eindämmung der Neuverschuldung gesehen, um so mehr Spielraum für private Wirtschaftsaktivität zu schaffen, die als generell effizienter und damit wachstumsfördernd eingestuft wird.

Es wird behauptet, daß das Vordringen des staatlichen Sektors mit zunehmenden bürokratischen Regulierungen und mit einer Erhöhung der marginalen Abgabenquote verbunden sei, die die Arbeits- und Investitionsanreize vermindere. Da der Staat eine geringere Investitionsquote als die private Wirtschaft habe, beschränke ein zunehmender Staatsanteil die Wachs-

tumschancen und wirke so auf längere Sicht arbeitsplatzvernichtend.

Der traditionellen Nachfragesteuerung und auch der Sozialpolitik der Vergangenheit wird die Vernachlässigung der Angebotsseite der Volkswirtschaft vorgeworfen. Sie sei mitverantwortlich für verzerrte Lohnrelationen und eine gestörte Balance zwischen Risikoübernahme und Gewinnanreiz bei den Investoren und leiste zudem der Inflation Vorschub, die die Unsicherheit der Investoren verstärke und so ebenfalls wachstumshemmend wirke.

Eine aktive Beschäftigungspolitik hat in diesem Kontext die Aufgabe, für die Eindämmung des Ausgabenwachstums der öffentlichen Hand zu sorgen und die Inflation zu bekämpfen. Für den in Kategorien der Nachfragesteuerung denkenden Ökonomen liegt in der auf eine Erhöhung der Beschäftigungspolitik zielenden Sparpolitik ein Widerspruch, ist sie doch mit einer Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verbunden, von der bislang eine deutliche Verschärfung des Beschäftigungsproblems erwartet wurde.

Erfolgreich kann eine Sparpolitik offenbar nur dann sein, wenn die aggregativen Effekte der verminderten Staatsnachfrage und der Antiinflationspolitik vernachlässigbar sind, während die allokativen Effekte dominieren, der Staat also durch Selbstbeschränkung Platz für private Wirtschaftsaktivitäten schafft und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investoren leistet.

Inwieweit durch eine „Politik der Wende“ – also durch Verbesserung der Rahmenbedingungen – tatsächlich

Dr. Jochen Eckertz, 35, ist wissenschaftlicher Angestellter an der Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen.

Beschäftigungserfolge zu erzielen sind, ist eine Frage, zu deren Beantwortung es bisher keine *ausformulierte* Theorie gibt¹. Demgegenüber gibt es eine im Rahmen stringenter theoretischer Modelle ausgetragene Kontroverse über die Frage, inwieweit die Geldpolitik und das Ausgabenverhalten des Staates unmittelbar auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auf das Beschäftigungsvolumen wirken.

□ Nach der gegenwärtig in der Wirtschaftspolitik dominierenden theoretischen Konzeption hat die Zurückdrängung des Staatsanteils keinen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, d. h. den erhofften allokativen Wirkungen stehen keine aggregativen Effekte entgegen. Die von den Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft erhofften beschäftigungspolitischen Erfolge werden also nicht durch kontraktive Nachfrageeffekte unterlaufen.

□ Die konkurrierende theoretische Konzeption behauptet dagegen, daß Veränderungen der Staatsnachfrage und der geldpolitischen Parameter *zunächst* Output und Beschäftigung beeinflussen. Dann kann im Extremfall das Bemühen um die Konsolidierung der Staatsfinanzen einen zunehmenden Konsolidierungsbedarf schaffen: Die restriktiven Wirkungen der Einsparungen auf Output und Beschäftigung vermindern die Einnahmen der öffentlichen Hand, die ja zum großen

¹ Stark vertreten ist diese Sichtweise in den USA, wo sie häufig in populärer Version verbreitet wird. Zu den Vertretern dieser Richtung – sie nennen sich Supply-Side-Ökonomen – gehören z. B. A. B. Laffler: *An Equilibrium Rational Macroeconomic Framework*, in: N. M. K a m r a n y, R. H. D a y (Eds.): *Economic Issues of the Eighties*, Baltimore 1979; J. W a n n i s k i: *The Way the World Works*, New York 1978.

² A. W. P h i l l i p s: *The Relationship Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the UK 1861-1957*, in: *Economica* 1958.

³ Vgl. R. L i p s e y: *The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the UK 1861-1957: A Further Analysis*, in: *Economica* 1960.

Teil stark konjunkturabhängig sind. In diesem Fall gelingt zwar die Verringerung des Umfangs der Staatstätigkeit, aber eben nicht eine Senkung des Staatsanteils, so daß auch die angestrebten Strukturverbesserungen mit den erhofften Beschäftigungserfolgen ausbleiben.

Das Akzelerationstheorem

Vordergründig handelt es sich bei der theoretischen Kontroverse um die Wirkungen der Nachfragesteuerung um eine Fortsetzung der Phillips-Kurven-Diskussion, die ursprünglich an einen empirischen Befund – einer inversen Beziehung zwischen der Steigerungsrate der Nominallöhne und der Arbeitslosenrate – des englischen Statistikers A. W. Phillips anknüpfte². Spätere Beiträge bemühten sich um eine theoretische Fundierung und Erweiterung durch geeignete Preissetzungshypothesen und formulierten schließlich die These vom Zielkonflikt zwischen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung³. Da die Trade-off-Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosenrate als stabil angesehen wurde, mußte eine auf Preisniveaustabilität bedachte Geldpolitik negative Beschäftigungseffekte in Kauf nehmen.

Implizit ging die Phillips-Kurven-Diskussion von der Annahme konstanter (statischer) Inflationserwartungen aus. Dies war der Ansatzpunkt der neoklassischen Kritik: statische Inflationserwartungen in einer inflationären Umwelt deuten auf Geldillusion der Marktteilnehmer hin, eine Verhaltensweise, die dem Postulat des Rationalverhaltens widerspricht. Unterstellt man statt dessen endogene Anpassungsmechanismen für die Inflationserwartungen, ist die Phillips-Kurve nicht stabil. Eine Trade-off Beziehung ergibt sich lediglich in einer Anpassungsphase, in der die Inflationserwartungen von der tatsächlichen Inflationsrate abweichen. Langfristig ist jedoch jede Inflationsrate beschäftigungsneutral. Dau-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Gerhard Rübel

DEVISENMARKTOPERATIONEN BEI FLEXIBLEN WECHSELKURSEN

– Eine portfoliotheoretische Untersuchung –

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit dem Problem, welche Wirkungen von Devisenmarktinterventionen auf Zinsen, Wechselkurs, Preisniveau und Beschäftigung ausgehen und wie diese sich von den Wirkungen alternativer Instrumente, zum Beispiel Offenmarktoperationen, unterscheiden. Der Verfasser bedient sich bei dieser Analyse im Rahmen eines Zwei-Länder-Modells eines portfolio-theoretischen Ansatzes und bezieht auch Zusammenhänge des Gütermarktes in die Analyse ein.

Großoktav, 240 Seiten, 1982, Preis brosch. DM 45,-

ISBN 3-87895-219-8

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G

erhafte Beschäftigungserfolge lassen sich lediglich durch eine Beschleunigung der Inflationsrate (Akzelerationstheorem) erzielen⁴.

Das Akzelerationstheorem läßt sich durch die spezielle Form der Erwartungsbildung begründen. Es werden adaptive Erwartungen angenommen. Dies ist ein Erwartungsbildungsmuster, bei dem die Erwartungen über einen Lernprozeß aus dem Vergangenheitsverlauf der Erwartungsvariablen mit Hilfe mechanischer Verfahren gebildet werden. Bei einer Inflationsbeschleunigung kommt es wegen des starren vergangenheitsbezogenen Erwartungsschemas zu systematischen Fehlprognosen, so daß die Inflationserwartungen der tatsächlichen Inflation hinterherhinken und daher eine Aufspaltung des geldpolitischen Impulses in Preis- und Mengeneffekte möglich ist.

Eine konstante Inflationsrate wird dagegen nach einer Anpassungsphase korrekt prognostiziert. Die erwartete Inflationsrate stimmt mit der tatsächlichen überein, so daß aus einem geldpolitischen Impuls lediglich Preis- aber keine Mengeneffekte resultieren. Dieser Zusammenhang gilt in ähnlicher Weise auch für die Fiskalpolitik. Die Instrumente der traditionellen Globalsteuerung sind somit letztlich unwirksam, da sie nur in einem Übergangszeitraum die Beschäftigung erhöhen, auf längere Sicht jedoch lediglich die Inflation anheizen. In diesem Konzept besteht aber auch gar kein Bedarf an Stabilisierungspolitik, da das Marktsystem über endogene Anpassungskräfte verfügt, die nach einer Störung auch ohne äußeren Anstoß zum Marktgleichgewicht führen.

Theorie rationaler Erwartungen

Das Akzelerationstheorem basiert auf adaptiven Erwartungen, ein Erwartungsmuster, das systematische und damit *vermeidbare* Prognosefehler produziert. Es liegt nahe, nach einem Erwartungskonzept zu suchen, das systematische Fehlprognosen vermeidet. Ein solches Konzept liefert die rationale Erwartungshypothese⁵. Sie beinhaltet die These, daß sich rationale verhaltende Wirtschaftssubjekte ihre Erwartungen auf der Basis eines Prognosemodells bilden. Sie nützen dabei ihre Kenntnisse über die Strukturbeziehungen zwischen der Erwartungsvariablen und der sie beeinflussenden exogenen Variablen. Folgen sie beispielsweise einer Theorie, in der die Expansionsrate der Geldmenge in einem bestimmten Zusammenhang zur Inflationsrate steht, werden zur Bildung von Inflationserwartungen

⁴ Vgl. M. Friedman: The Role of Monetary Policy, in: American Economic Review 1968. Unter der gleichen Fragestellung wurde Friedmans Ansatz später weiterentwickelt zur „Neuen Mikroökonomik“. Vgl. den Sammelband von E. S. Phelps et al. (Eds.): The Microeconomic Foundation of Employment and Inflation Theory, New York 1970.

Prognosen über die Entwicklung der Geldmenge erstellt. Gibt die Notenbank ihren beabsichtigten geldpolitischen Kurs dem Publikum bekannt, erlaubt die Modellprognose eine – von stochastisch bedingten Störungen abgesehen – vollständige Antizipation der Inflationsrate. Deshalb muß jeder Versuch der Notenbank scheitern, über die Steuerung der Geldmenge Einfluß auf Output und Beschäftigung zu nehmen. Die durch die Geldmengenvariation ausgelösten Nachfrageschübe werden durch entsprechende Preisanpassungen voll absorbiert.

In theoretischer wie in praktischer Sicht greift die Theorie der rationalen Erwartungen mit ihren makroökonomischen Implikationen auf vor-keynesianische Konzepte zurück. Sie nennt sich so auch in den USA – ihrem Ursprungsland – „New Classical Macroeconomics“⁶.

Nur die fehlerhafte Antizipation der exogenen Variablen – damit auch der Politikvariablen – des Prognosemodells führt zu systematischen Prognosefehlern und damit zu einem Verlassen des Gleichgewichts. Erwartungsbildung auf der Basis eines Prognosemodells seitens des Publikums bedeutet für die stabilisierungspolitischen Instanzen, daß sie Mengeneffekte nur erreichen können, wenn sie das Publikum über den beabsichtigten wirtschaftspolitischen Kurs im unklaren lassen⁷.

Waren – dem Akzelerationstheorem folgend – konjunkturelle Schwankungen durch das Beharrungsvermögen und die Anpassungsträgheit der Erwartungen begründet, läßt die Logik der rationalen Erwartungshypothese eine solche Deutung nicht zu. Das Phänomen, daß unsystematische exogene Störungen durch das Wirtschaftssystem zu systematischen länger anhaltenden Trendabweichungen transformiert werden, kann dieses Modell jedoch nicht erklären. Stochastische Angebots- und Nachfrageschocks lösen nach diesem Modell nämlich Anpassungsprozesse aus, die umgehend

⁵ Entwickelt wurde das Konzept der rationalen Erwartungen von J. F. Muth: Rational Expectations and the Theory of Price Movements, in: Econometrica 1961. Später aufgegriffen und weiterentwickelt wurde es vor allem von neoklassischen Theoretikern, so z. B. A. A. Walters: Consistent Expectations, Distributed Lags and the Quantity Theory, in: Economic Journal 1971; T. J. Sargent, N. Wallace: Rational Expectations and the Dynamics of Hyperinflation, in: International Economic Review 1973; J. R. F. D. A. Monetarist Model of Inflation Expectations, London 1974.

⁶ Vertreter dieser Richtung sind u. a. R. J. Barro: Second Thoughts on Keynesian Economics, in: American Economic Review 1979; R. E. Lucas: Some International Evidence on Output-Inflation Trade-Offs, in: American Economic Review 1973; T. J. Sargent, N. Wallace: Rational Expectations and the Theory of Economic Policy, in: Journal of Monetary Economics 1976. Auch in Lehrbüchern ist diese Richtung bereits vertreten. Vgl. T. J. Sargent: Macroeconomic Theory, New York 1979.

⁷ Vgl. T. J. Sargent, N. Wallace: „Rational“ Expectations, the Optimal Monetary Instrument, and the Optimal Money Supply Rule, in: Journal of Political Economy 1975.

zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung zurückführen.

Eine einfache Modifikation des Grundmodells der neuen Klassischen Makroökonomik erlaubt die Erklärung länger anhaltender Abweichungen von einem Vollbeschäftigungsgleichgewicht. Ansatzpunkt ist die Frage, wie optimierende Angebotsentscheidungen durch die Existenz von Informationskosten, Informationsverzögerungen und Kosten der Beschäftigungs- und Produktionsanpassung beeinflusst werden. Es wird gezeigt, daß die Berücksichtigung derartiger Anpassungskosten zu einem Angebotsverhalten führt, das nun nicht mehr ausschließlich von Preissignalen beeinflusst wird. Wegen der Existenz von Anpassungskosten ist es gewinnmaximal, wenn die Anbieter bei ihren Entscheidungen neben den Preisinformationen der Entscheidungsperiode auch das realisierte Sozialprodukt der Vorperiode berücksichtigen⁸. Dieses Verhalten erzeugt eine endogene dynamische Struktur, die eine längere nicht auf fehlerhafte Erwartungen zurückzuführende Abweichung vom Vollbeschäftigungsgleichgewicht zuläßt. Wollen die wirtschaftspolitischen Instanzen zur Glättung der Beschäftigungsschwankungen gegensteuern, werden sie, da die Wirtschaftssubjekte den Inflationseffekt der stabilisierungspolitischen Maßnahme antizipieren, scheitern.

Wie im Grundmodell der rationalen Erwartungen kann die Stabilisierungspolitik nur erfolgreich sein, wenn die wirtschaftspolitischen Instanzen die Erwartungsbildung der privaten Wirtschaftsakteure durch unsystematische Überraschungseffekte erschweren, weil dann die erwartete und die tatsächliche Inflationsrate voneinander abweichen und der Nachfrageimpuls tatsächlich Mengeneffekte induzieren kann.

Fehlender Stabilisierungsbedarf

Aber sind diese Mengeneffekte überhaupt sinnvoll, wenn Beschäftigungsschwankungen das Ergebnis individueller optimierender – aus der Existenz von Anpassungskosten resultierender – Angebotsentscheidungen sind? Ist nicht vielmehr zu erwarten, daß nicht antizipierte wirtschaftspolitische Maßnahmen die Anpassungskosten noch zusätzlich erhöhen und folglich die ökonomische Effizienz des privaten Sektors beeinträchtigen? In dieser Sichtweise fehlt offensichtlich der Stabilisierungsbedarf, sind doch die Marktkräfte stark genug, die Volkswirtschaft unter Beibehaltung der ökonomischen Effizienz zu einem Vollbeschäftigungsgleichgewicht zurückzuführen. Folglich kann und soll die Stabilisierungspolitik keine Beschäftigungspolitik sein⁹. Wegen ihrer mengenneutralen Wirkung kann sie sich jedoch voll auf das Ziel der Preisniveaustabilität konzentrieren. Infla-

tionsbekämpfung ist konfliktfrei möglich, wenn die beabsichtigte Restriktionspolitik *glaubhaft* vertreten wird und es gelingt, die Inflationserwartungen des Publikums zu brechen.

Werden die Konsolidierungsabsichten des Staates vom privaten Sektor ernst genommen, ist ein Zurückdrängen des staatlichen Sektors möglich, ohne daß ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu befürchten ist. An die Stelle des Staates treten private Anbieter, und es werden – vorausgesetzt die private Allokation ist effizienter als die der staatlichen Bürokratien – Wachstumskräfte mobilisiert und so neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Vorstellung einer Konfliktbeziehung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, wie sie durch die Phillips-Kurve gestützt wurde, wird nun in ihr Gegenteil verkehrt: Stabilität ist die Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und nicht ein Ziel, das nur unter Inkaufnahme einer höheren Arbeitslosenquote erreicht werden kann. Schwankungen des Beschäftigungsvolumens sind unvermeidlich und legitimieren keine gegensteuernde Stabilisierungspolitik. Im Gegenteil: Diskretionäre Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen, deren Erfolg auf Überraschungseffekten beruht, sind schädlich, da sie die Anpassungskosten des privaten Sektors erhöhen und damit die Effizienz der marktmäßigen Anpassungsprozesse schmälern.

In der neuen Klassischen Makroökonomik ergeben sich Preis- und Mengenänderungen aus dem Zusammenspiel von Angebots- und Nachfrageplänen, die auf einem individuellen Optimierungsverhalten basieren. Marktgleichgewichte werden durch Preisrationierung – also über Preisanpassungen – abgebaut. Einzelwirtschaftlich optimal können auch Anpassungsmuster der Nicht-Preis-Rationierung sein. Dann reagieren Wirtschaftssubjekte auf Ungleichgewichte mit Mengenanpassung. Liegt eine beschränkte Preis- und Lohnflexibilität vor, hat die staatliche Nachfragesteuerung tatsächlich Mengeneffekte.

Kontrakttheoretische Modelle

Ein Ansatz, der aus einem einzelwirtschaftlichen Optimierungsverhalten eine mangelnde Lohnflexibilität erklärt, ist die Kontrakttheorie des Arbeitsmarktes. Ein Modell, der sogenannte ABG-Ansatz, stellt auf Risikoüberlegungen ab¹⁰. Im Gegensatz zu den Inhabern von Sach- und Finanzkapital, die durch Streuung ihres Vermögens auf unterschiedliche Anlageobjekte in der Lage

⁸ Vgl. T. J. Sargent: *Macroeconomic Theory*, a.a.O., Kapitel 16.

⁹ Vgl. ebenda.

sind, einen ihrer Risikopräferenz entsprechenden Ausgleich zwischen Risiko- und Ertragschancen herzustellen, ist der Anbieter von menschlicher Arbeitskraft in der Regel nicht in der Lage, gleichzeitig seine Arbeitskraft auf verschiedene Arbeitsplätze mit unterschiedlichen Löhnen und Ertragsrisiken aufzuteilen. Daher kann es für den Arbeitnehmer vorteilhaft sein, eine vertragliche Ausschaltung der aus dem konjunkturellen Auf und Ab resultierenden Einkommensschwankungen anzustreben. Schließt er mit dem Arbeitgeber einen Arbeitsvertrag ab, der die Lohnhöhe für eine bestimmte Vertragsdauer fixiert, gelingt es ihm, das Arbeitseinkommen von konjunkturellen Schwankungen abzukoppeln. Voraussetzung für das Zustandekommen eines Kontraktes ist allerdings eine unterschiedliche Risikopräferenz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Diese kontraktbedingte Ausschaltung des Einkommensrisikos wird freilich seitens der Arbeitnehmer mit einer Erhöhung des Arbeitsplatzrisikos erkaufte. Denn nach Abschluß solch eines Kontraktes können die Unternehmen einem Rückgang der Güternachfrage nicht mit Lohnkürzung begegnen. Die Anpassung an die reduzierte Nachfrage wird folglich mit der Entlassung von Arbeitskräften bewerkstelligt.

Die Bedeutung der auf Risikoerwägungen basierenden Kontrakttheorie für die Wirkungen der Stabilisierungspolitik soll am Beispiel der Geldpolitik beschrieben werden¹¹. Streben die Vertragspartner einen konstanten Reallohn an, wird für die Kontraktdauer der Geldlohn so festgelegt, daß er der erwarteten Inflationsrate entspricht. Diese wird mit Hilfe eines beiden Vertragspartnern bekannten Modells prognostiziert. Man kann nun annehmen, daß die Kontrakte beispielsweise eine Gültigkeitsdauer von zwei Perioden haben, während sich zufallsbedingte Angebots- und Nachfrageschocks, auf die die Zentralbank mit einer festen und allgemein bekannten gegensteuernden Geldmengenregel reagiert, in jeder Periode erfolgen können. Damit können sich die zu Beginn des Kontraktes gebildeten Erwartungen in der Kontraktperiode als Fehlprognose erweisen. Dieser Fehler ist allen Beteiligten offenkundig (rationale Erwartungen), doch ist eine Lohnkorrektur wegen der vertraglichen Bindungen nicht möglich. Dies wirkt unmittelbar auf die Beschäftigung: Eine kontraktbedingte

Unterschätzung der Inflationsrate erhöht wegen der faktischen Reallohnsenkung die Beschäftigung, eine Überschätzung erhöht die Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigungseffekte der Geldpolitik sind jedoch nicht anhaltend. Am Ende der Laufzeit der Verträge können sich die Wirtschaftseinheiten an das Verhalten der Zentralbank anpassen¹².

Auch in den auf Risikoerwägungen basierenden Kontraktmodellen kann ein Stabilisierungsbedarf bezweifelt werden. Wird doch das Beschäftigungsrisiko von den Kontraktpartnern in Abwägung zum Einkommensrisiko bewußt hingenommen, so daß tatsächliche Beschäftigungseinbußen keine Ineffizienz darstellen, sondern letztlich das Ergebnis des individuellen, wahlhandlungstheoretisch begründeten Verhaltens sind.

Die aus dem ABG-Ansatz resultierende Dominanz des Einkommensrisikos über das Arbeitsplatzrisiko erscheint nur dann plausibel, wenn eine Arbeitslosenversicherung während der Dauer der Arbeitslosigkeit den Einkommensausfall begrenzt.

Andere Ansätze, die nicht auf Risikoüberlegungen zurückgreifen, betonen die gerade den Arbeitsmarkt beherrschenden Marktunvollkommenheiten¹³. So haben die Arbeitgeber nur ungenaue Informationen über die Fähigkeiten und sonstigen wichtigen Eigenschaften eines Stellenbewerbers. Zudem erfordern die Arbeitsplätze häufig firmenspezifische Fähigkeiten, die ein „Neuer“ erst erlernen muß. Um die arbeitsplatzspezifischen Fähigkeiten ihrer Arbeitnehmer zu honorieren, werden es daher die Firmen vermeiden, auf jeden Rückgang der Nachfrage mit Lohnkürzung zu reagieren. Und umgekehrt werden die Arbeitnehmer nicht jede Lohnsteigerungsmöglichkeit, die sich durch den Wechsel zu einer anderen Firma realisieren ließe, wahrnehmen. Denn sie bewerten die Arbeitsplätze nicht nur nach den Lohngeboten, sondern auch nach innerbetrieblichen Aufstiegschancen bzw. betrieblichen Laufbahnen, Betriebsklima und anderen, das alltägliche Leben am Arbeitsplatz beeinflussenden Faktoren. So begründen Marktunvollkommenheiten am Arbeitsmarkt Quasikontrakte, die beschränkte Lohnflexibilität zur Folge haben.

Ähnliche vertragliche Bindungen lassen sich auch für die Gütermärkte begründen, mit der entsprechenden Konsequenz für die Preisflexibilität. Bei beschränkter

¹⁰ Dieser Ansatz ist benannt nach seinen Repräsentanten C. A z a r i a d i s : *Implicit Contracts and Underemployment Equilibria*, in: *Journal of Monetary Economics* 1975; M. N. B a i l y : *Wages and Employment under Uncertain Demand*, in: *Review of Economic Studies* 1977; D. F. G o r d o n : *A Neo-classical Theory of Keynesian Unemployment*, in: K. B r u n n e r , A. M e l t z e r (Eds.): *The Phillips Curve and Labor Markets*, Amsterdam 1976.

¹¹ Die Wirkungen der Geldpolitik in einem makroökonomischen Kontraktmodell beschreibt S. F i s c h e r : *Long-term Contracts, Rational Expectations and the Optimal Money Supply Rule*, in: *Journal of Political Economy* 1977.

¹² Die gleichen Ergebnisse lassen sich auch in einem Modell zeigen, in dem Unternehmen Preise auf unvollkommenen Märkten eine Periode vor Beginn des Verkaufs setzen. Vgl. E. S. P h e l p s , J. B. T a y l o r : *Stability Powers of Monetary Policy under Rational Expectations*, in: *Journal of Political Economy* 1977.

¹³ Vgl. A. M. O k u n : *Inflation: Its Mechanics and Welfare Costs*, in: *Brookings Papers of Economic Activity*, 2, 1975; R. E. H a l l : *The Rigidity of Wages and the Persistence of Unemployment*, in: *Brookings Papers of Economic Activity*, 2, 1975.

Preisflexibilität haben autonome Nachfrageveränderungen direkte Mengeneffekte, die eine nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik ausgleichen kann.

Im Kontext der kontrakttheoretischen Modelle wirkt eine Restriktionspolitik, die sich die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Bekämpfung der Inflation zum Ziel gesetzt hat, direkt kontraktiv auf Output und Beschäftigung. Die Beschäftigungseffekte sind nicht durch träge Anpassungen der Erwartungen (Akzelerationstheorem) oder durch mangelnde Glaubwürdigkeit der Restriktionspolitik (New Classical Macroeconomics), sondern durch ein endogen begründetes Beharrungsvermögen hoher Inflationsraten verursacht.

Neuere Entwicklungen

Phänomene der Mengenrationierung, die durch beschränkte Preis- und Lohnflexibilität verursacht sind, begründen lang anhaltende Anpassungsphasen. Die Stabilisierungspolitik kann den Anpassungszeitraum verkürzen. Sie hat dann Mengen- und Preiseffekte. Aber auch ohne eine gegensteuernde Wirtschaftspolitik erreichen in diesem Ansatz die Löhne und Preise ihr Gleichgewichtsniveau. Ob sich dieser Anpassungsprozeß jedoch in einem politisch vertretbaren Zeitraum vollzieht, ist eine Frage, deren Beantwortung enorme empirische und theoretische Probleme aufwirft.

Führen kontrakttheoretisch begründete Preisanpassungen früher oder später wieder zu einem Gleichgewicht, versuchen neuere Ansätze das Fehlen einer solchen Preisanpassungsautomatik theoretisch zu fundieren. Ansatzpunkt ist das Problem monopolistischer Preisbildung auf ungeräumten Märkten¹⁴.

¹⁴ So z. B. Arbeiten von F. H. Hahn: On Non-Walrasian Equilibria, in: Review of Economic Studies 1978; ders.: Monetarism and Economic Theory, in: Economica 1980; T. Negishi: Microeconomic Foundations of Keynesian Macroeconomics, Amsterdam 1979. Sie knüpfen an eine Arbeit von Arrow an. Vgl. K. J. Arrow: Towards a Theory of Price Adjustment, in: M. Abramowitz (Ed.): The Allocation of Economic Resources, Stanford 1959.

So kann z. B. ein Festhalten an überhöhten Löhnen bei Unterbeschäftigung aus einzelwirtschaftlicher Sicht rational sein, wenn z. B. bei kollektiven Lohnverhandlungen leistungsunabhängige Umverteilungsansprüche geltend gemacht werden. Der Unterschied zum Konkurrenzmodell liegt darin, daß der einzelne Arbeitsanbieter den vorgegebenen Lohn nicht einfach hinnimmt, sondern seine Situation verbessern will und diesen Wunsch seinen Vertretern (Funktionären) in den Lohnverhandlungen signalisiert. Mag dieses Verhalten gesamtwirtschaftlich erfolglos bleiben, weil es etwa ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit verursacht, so bedeutet das nicht, daß einzelne nicht erfolgreich sind¹⁵. Es fehlt dann aus einzelwirtschaftlicher Sicht an Handlungsanreizen, einen gesamtwirtschaftlich vorzuziehenden Zustand – nämlich Vollbeschäftigung – zu erreichen. Ein ähnliches Verhalten läßt sich auch auf Gütermärkten zeigen.

Auf nicht wettbewerbsmäßig organisierten Märkten sind die Anreize zur Preisänderung offenbar so gering, daß ungeräumte Märkte eine dauerhafte Erscheinung sein können. Damit ist aber auch die Wirksamkeit der Nachfragesteuerung wiederhergestellt. Veränderungen des Ausgabenvolumens des Staates und Geldmengenänderungen haben dann Preis- und Mengeneffekte.

Bemühungen in Zeiten einer anhaltenden Beschäftigungskrise, den Anteil des öffentlichen Sektors am Sozialprodukt zurückzudrängen, müssen unter dem Blickwinkel dieser neueren Theorien eher skeptisch beurteilt werden. Folgt man den neueren Ansätzen des makroökonomischen Preis- und Mengenverhaltens, wird eine Politik zur „Wiederherstellung vernünftiger Rahmenbedingungen“ tendenziell zu einer Verschärfung des Beschäftigungsproblems beitragen.

¹⁵ Vgl. R. Pohl: Theorie der Inflation, München 1981, Kapitel 5.1.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l)

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A., Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 1060, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 3007624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement DM 80,- (Studenten: 40,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.